

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

„Nicht alles, was Sie sagen, ist falsch“

Der mögliche SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder und Industriepresident Hans-Olaf Henkel diskutieren über die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten, die Schwäche der Gewerkschaften und das Vorbild USA.

SPIEGEL: Herr Schröder, für Sie gibt es keine linke oder rechte, sondern nur moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik. Wie modern sind die Ansichten von Industriepresident Hans-Olaf Henkel?

Schröder: Manchmal sagt Herr Henkel ja ganz vernünftige Dinge. Sein Hinweis, daß man Arbeitszeit flexibler organisieren muß, ist zum Beispiel erstens richtig, zweitens verstanden und drittens umgesetzt worden. Falsch finde ich das ewige Gemjammer über den angeblich schlechten Standort Deutschland. Das stimmt so einfach nicht.

SPIEGEL: Herr Henkel, wie modern sind die Ansichten Schröders?

Henkel: Auf einer Skala von eins bis zehn für moderne Wirtschaftspolitik würde ich das Programm von Herrn Schröder bei sechs einsortieren. Zehn Punkte ist das Konzept des BDI wert und neun das der FDP. Was die Bundesregierung versprochen hat, liegt bei acht, was die Bundesregierung getan hat, bei sechs Punkten. Die Beschlüsse des SPD-Parteitag kamen nur noch auf vier Punkte, die Grünen auf null und Rot-Grün irgendwo zwischen null und vier.

Schröder: Immerhin taxieren Sie mich auf der positiven Seite der Skala. Das hätte ich nicht erwartet.

Henkel: Diese Skala endet bei Null.

SPIEGEL: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wirft Ihnen, Herr Henkel, vor, Sie würden den Standort in Grund und Boden reden.

Henkel: Dieser Vorwurf ist absurd. Wir zahlen Abgaben in Rekordhöhe, haben zu hohe Lohnkosten, eine hohe Arbeitslosigkeit, einen neuen Pleiterekord. Ausländische Investoren wissen genau, was hier los ist, sie kommen immer seltener, und gleichzeitig gehen immer mehr deutsche Unternehmen ins Ausland.

Schröder: Sie wissen doch genau, woran das liegt; ich kenne das aus der Autoindustrie. Sie können in China oder Brasilien heute kein Auto mehr verkaufen, bei dem nicht zwei Drittel des Wagens dort produziert werden. Außerdem ist es für Investoren schwieriger, in einem gut entwickelten Markt wie bei uns Fuß zu fassen als in Ländern mit weniger Konkurrenz.

Das Streitgespräch moderierten die Redakteure Elisabeth Niejahr und Ulrich Schäfer.



Ministerpräsident Schröder

„Das Elend der deutschen Standortdiskussion ist doch, daß alle immer nur über Kosten reden wollen“

Henkel: Klar, wenn Sie in China etwas verkaufen wollen, müssen Sie es auch dort bauen. Aber das Gros der deutschen Investitionen geht in Industrieländer, die man auch von Deutschland aus beliefern könnte. Allein in Großbritannien haben Ausländer in den letzten zehn Jahren siebenmal soviel investiert wie in Deutschland, obwohl der Markt viel kleiner ist.

Schröder: Das Elend der deutschen Standortdiskussion ist doch, daß alle immer nur über Kosten reden wollen. Dabei haben wir zum Beispiel bei den Lohnstückkosten keine Probleme. Die sind nach dem jüngsten Bundesbankbericht in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ...

Henkel: ... aber immer noch viel höher als bei der Konkurrenz. Bei aller Notwendigkeit, über Innovationen und mehr Flexibilität zu reden, kommen wir um das Kostenproblem nicht herum. Wenn Sie die Durchschnittsrendite des deutschen industriellen Mittelstandes nehmen, werden Sie

feststellen, daß im letzten Jahr 1,8 Prozent nach Steuern verdient wurden. Das ist ein Drittel von dem, was in Holland verdient wird. Das zeigt doch ganz klar: Zuerst müssen die Unternehmen entlastet werden.

Schröder: Das ist doch Allgemeingut. Ich bin wie Sie dafür, vor allem den Mittelstand zu entlasten. Aber neue Forderungen bringen uns nicht weiter. Ich plädiere dafür, daß sich zunächst die beiden großen politischen Kräfte darüber verständigen, welche Steuersubventionen mit welchen finanziellen Folgen abgeschafft werden.

SPIEGEL: Wäre dann auch eine Nettoentlastung der Steuerzahler akzeptabel?

Schröder: Ja, natürlich. Aber erst müssen wir doch wissen, wieviel wir zurückgeben können, ohne den Staat zu ruinieren.

Henkel: Das zeigt wieder, daß die Probleme von Ihnen nicht erkannt werden.

Schröder: Also bitte, wir sind hier doch nicht in der Schulklasse! Wenn Sie oberlehrerhaft sein wollen, hören wir besser

gleich auf. Ich werfe Ihnen ja auch nicht Ignoranz vor.

Henkel: Moment mal. Es ist ignorant, wenn Sie verkennen, daß Unternehmen in Deutschland stärker belastet werden als sonst irgendwo. Ihr Vorbild, der britische Premier Tony Blair, hat das übrigens begriffen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, die Unternehmensteuersätze von 33 auf 31 Prozent zu senken.

Schröder: Vergessen Sie nicht die letzten Steuerschätzungen bei uns in Deutschland.

Einkünfte dürfen mit 35 Prozent belastet werden, wie es die Koalition in ihren Petersberger Beschlüssen vorgeschlagen hat. Investoren beurteilen den Standort wie ein Aktionär die VW-Aktie. Es geht um die Bedingungen von morgen, nicht von heute. Auch wenn die Steuersätze erst 2001 sinken, tut sich schon heute was, wenn wir dran glauben können.

Schröder: Gegen ein schrittweises Vorgehen habe ich nichts. Wichtig für Investoren ist eine gewisse Stetigkeit im Steuerrecht.



Industriepäsident Henkel

„Wir haben in Deutschland zu viele Runde Tische und zu wenig eckige und kantige Entscheidungen“

Solche Einnahmeausfälle begrenzen die Möglichkeiten, die Politik hat. Und trotzdem haben wir die Unternehmensteuern mehrfach gesenkt.

Henkel: Stimmt nicht. Sie sind immer wieder von der Wirtschaft selbst gegenfinanziert worden. Das Wort „Gegenfinanzierung“ ist sowieso das Unwort des Jahres. Wenn eine Steuerreform von Anfang an voll gegenfinanziert wird, hat sie ihr Ziel verfehlt. Sie soll die Wirtschaft entlasten und so in Schwung bringen, dadurch werden am Ende mehr Steuern in die Kassen gespült und nicht etwa weniger.

SPIEGEL: Ist denn so eine Reform vor der Wahl noch möglich?

Henkel: Die Steuerentlastung muß ja nicht heute oder morgen in Gänze kommen. Das geht auch stufenweise. Von vornherein muß klar sein: Am Schluß steht ein Körperschaftsteuersatz von maximal 35 Prozent auf einbehaltene und von 25 Prozent auf ausgeschüttete Gewinne. Gewerbliche

Durch ständige Änderungen ist die steuerliche Belastung in Deutschland kaum noch kalkulierbar. Ich bin allerdings nicht sehr optimistisch, daß uns ein gemeinsames Konzept mit der Koalition für ein Stufenmodell noch vor der Wahl gelingt.

Henkel: Auf jeden Fall können wir keinen faulen Kompromiß gebrauchen. Wenn wir irgendwo zwischen Petersberg und Lafontaine landen, wäre das ein verheerendes Signal für Investoren. Aber die Politiker würden sich wieder auf die Schulter klopfen und sagen: Wir haben großartige Reformen gemacht. Dabei müßten eigentlich die Ausgaben des Staates auf den Prüfstand. Aber da traut sich keiner heran.

Schröder: Dann sagen Sie mir doch mal konkret, worauf der Staat verzichten soll.

Henkel: 1960 waren erst 10 Prozent der Beschäftigten beim Öffentlichen Dienst. Heute sind es über 17 Prozent. Da hat sich doch etwas aufgebaut, das wir uns heute nicht mehr leisten können.

Schröder: Da müssen Sie schon ein bißchen genauer werden. In Niedersachsen haben wir seit Übernahme der Regierung absolut Personal verloren, aber 8000 Leute zusätzlich eingestellt, alles in den Bereichen Schule, Polizei, Hochschule. Das sind in fast allen Ländern die größten Ausgabenblöcke. Sie reden doch auch ständig davon, daß wir unsere Position im Bereich von Bildung, von Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich eher verlieren. Wie sollen wir denn da sparen?

Henkel: Es gibt hunderttausend Unternehmen im Besitz der Kommunen, davon kann bestimmt die Hälfte privatisiert werden.

Schröder: Da erzählen Sie mir aber nichts Neues. Bei uns in Niedersachsen stehen fast alle öffentlichen Beteiligungen auf dem Prüfstand. Wir haben schon etliche verkauft, als nächstes werden wir Anteile am Flughafen Hannover abgeben. Ich räume ein: Das machen wir alles auch unter dem Druck der Haushaltsmisere. Die Staatsquote ist sicher zu hoch – aber das hat auch mit der deutschen Einheit zu tun. Dagegen wären fast alle Politiker machtlos. Sie können einfach nur fordern, wir müssen es machen. Das ist schon ein Unterschied.

SPIEGEL: Herr Schröder, was fordern Sie denn Ihrerseits von der Wirtschaft?

Schröder: Mehr Innovationsfreude. Die Unternehmen müssen einfach noch schneller aus Erfindungen neue Produkte machen, da sind wir langsamer als die USA, langsamer als Japan. Auch bei den Dienstleistungen gibt es Nachholbedarf.

Henkel: Die Unternehmerschaft hört immer wieder, daß sie nicht innovativ sei. Das stimmt aber nicht.

Schröder: Es gibt gewiß Unterschiede zwischen den Unternehmern.

Henkel: Wie in der Politik, bloß auf anderem Niveau. Wir sind innovativ, wir sind gut – ganz besonders, wenn Steuern und Kosten niedrig sind, sprich: im Ausland. Das heißt doch, daß wir in Deutschland ein Standortproblem haben, kein Unternehmerproblem. Der Chef von Volkswagen weiß, wo die besten Autos gebaut werden ...

Schröder: ... in Wolfsburg natürlich ...

Henkel: ... und wenn er das nicht wüßte, würde er nicht so gute Autos bauen. Dieses Verständnis, daß man sich ununterbrochen am Besten in der Branche messen muß, ist in der deutschen Industrie voll da.

SPIEGEL: Sollten die Deutschen auch, wie bei VW, ihre Wertarbeit generell mit einer kürzeren Wochenarbeitszeit herstellen?

Schröder: Das kommt auf den Einzelfall an. Der Reifenhersteller Continental zum Beispiel läßt, anders als VW, sehr viel länger arbeiten, wenn Aufträge da sind, und gleicht das über Jahresarbeitszeitkonten aus. Was für diese Großen gilt, gilt für den Schlosser noch lange nicht.

Henkel: Stimmt. Arbeitszeit und Lohnhöhe sollten sowieso viel stärker auf der Ebene der Betriebe vereinbart werden. Hier könnte die SPD mal segensreich ihren Ein-

fluß bei der IG Metall nutzen – denn die haben das noch nicht begriffen.

Schröder: Sie sollten fairer mit den Gewerkschaften umgehen. Wenn der Holzhammer regiert, werden sich diejenigen in den Verbänden durchsetzen, die lieber in den Schützengräben liegen als aufeinander zuzugehen.

SPiegel: Herr Henkel, Sie haben bei einer Tagung mit amerikanischen Investoren in Dessau die Schwäche der Gewerkschaften im Osten sogar als Standortvorteil begrüßt.

Henkel: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Der Gouverneur des US-Bundesstaats South Carolina umwarb deutsche Investoren jüngst mit der Aussage, daß nirgendwo in den USA der Einfluß der Gewerkschaften geringer ist als in seinem Staat.

Schröder: So eine Haltung geht völlig an der Kultur in Deutschland vorbei. Wir brauchen starke Sozialpartner, und zwar auf beiden Seiten. Wer bloß Amerika kopieren will, ruiniert damit die Kraft, die in der deutschen Volkswirtschaft steckt und die immer von der Fähigkeit zum Konsens gelebt hat. Diesen Konsens werden wir nach der nächsten Wahl wiederherstellen.

Henkel: Das ist doch ein Modell von gestern. Überall in der Welt erkennt man, daß das Prinzip der Subsidiarität auch innerhalb der Wirtschaft gelten soll. In Ostdeutschland wird flächendeckend gegen die Flächentarife verstoßen. Ohne diesen Verstoß wäre die Situation im Osten noch viel schlimmer. Ich halte das nicht für verheerend, sondern für vorbildlich.

Schröder: Das hat nichts mit Subsidiarität zu tun. Wir brauchen auch Verlässlichkeit. Deswegen sage ich Ihnen: Korrigieren Sie Ihre Dessauer Rede hier im SPIEGEL.

Henkel: Im Gegenteil. Ich hoffe, daß der Westen von der ostdeutschen Beweglichkeit lernt.

Schröder: Was wir brauchen, ist nicht die Zerschlagung dieser Systeme, sondern ihre Anpassung an radikal veränderte Gegebenheiten.

Henkel: Jetzt können wir uns vielleicht einigen. Ich habe mich jedenfalls nie für die komplette Abschaffung der Flächentarifverträge ausgesprochen.

Schröder: Das klingt aber so.

Henkel: Nein, die Flächentarife brauchen den Wettbewerb betrieblicher Abschlüsse. Es muß einem Unternehmen und seinem Betriebsrat gestattet sein, einem Kartell nicht beitreten zu müssen. Die Leute wollen ja auch auf dem Bodensee segeln können, ohne daß sie in einem Segelclub sind. Ohne die Diskussion, die von uns angezettelt wurde, wäre das Thema Flexibilität noch nicht soweit.

Schröder: Ich habe ja schon gesagt, daß nicht alles, was Sie sagen, falsch ist.

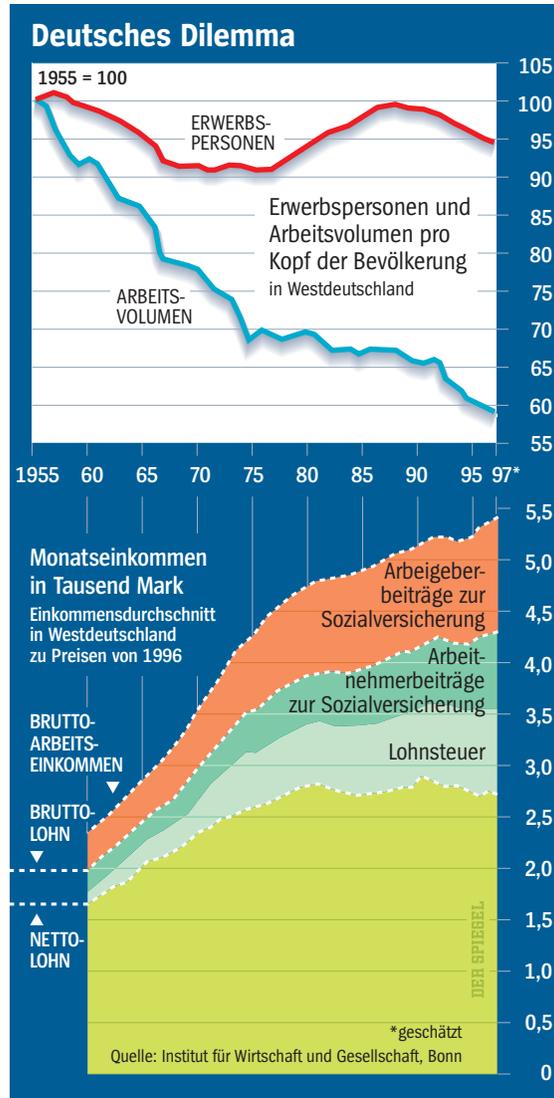
Henkel: Das ist ja schon mal ein Fortschritt.

Schröder: Ja eben.

Henkel: (zum SPIEGEL) Das müssen Sie unbedingt drucken.

Schröder: Das können Sie zweimal drucken! Aber Herr Henkel, in den meisten anderen Punkten sind Sie auf dem falschen Dampfer.

Henkel: Herr Schröder, dann ist die gesamte Welt auf dem falschen Dampfer.



gramm. Ihre eigenen wirtschaftspolitischen Thesen kann man noch mit einem schicken Golf vergleichen. Ihre Partei hat aber klargemacht, was davon unter einem SPD-Kanzler übrigbleibt. Das Steuer befände sich vor dem Rücksitz, die Bremse vor dem Beifahrersitz, und die Vorderräder wären abgebaut.

Schröder: Da sieht man, daß der Mann vom Automobilbau keine Ahnung hat – und von der Politik auch nur begrenzt.

Henkel: Aber von Wirtschaft um so mehr. Und zur Politik: Wenn man da liest, was von der SPD offiziell verabschiedet wird, wenn man sieht, wie Sie sich im Bundesrat bei Abstimmungen verhalten, entsteht der Eindruck: Der Schröder sagt oft richtige Dinge, aber er tut etwas ganz anderes.

Schröder: In einer großen Organisation wie der SPD können Sie Veränderungen nicht über Nacht herbeiführen. Wenn ich das Programm hätte allein schreiben können, hätte ich es in manchen Punkten anders geschrieben. Dennoch stehen dort wichtige Veränderungen, was die SPD-Position zum Wachstum angeht, zu Innovationen oder zur Biotechnologie. Das ist eine ganze Menge für eine Partei, die zu Recht stolz darauf ist, grundsätzlich zu diskutieren. Mit diesem Programm kann ich gut leben.

Henkel: Dann muß ich aber feststellen, daß Herr Schröder letzten Endes hinter dem offiziellen Parteiprogramm steht ...

Schröder: ... auf ihm!

Henkel: ... und daß das die Grundlage seines Handelns sein wird. Das kann man mit vielen Dingen, die wir hier diskutiert haben, nicht in Einklang bringen.

SPiegel: Würden Sie sich trotz Ihrer Differenzen nach der Wahl für ein neues Bündnis für Arbeit im Kanzleramt treffen?

Henkel: Wir haben in Deutschland zu viele Runde Tische und zu wenig eckige und kantige Entscheidungen. Aber wir wollen nicht den Teufel an die Wand malen und hoffen, daß es zu dieser Situation überhaupt nicht kommt.

Schröder: Teuflich wird es weder mit dem einen Kandidaten noch mit dem anderen. Im Gegenteil, Henkel wird nach drei Monaten sagen: Das hätten wir nicht gedacht.

Henkel: Nach drei Monaten wird es Ihnen so gehen wie Helmut Schmidt am Ende seiner Kanzlerschaft. Sie werden feststellen, daß Ihre Positionen in der SPD nicht mehrheitsfähig sind. Sie fangen da an, wo Schmidt aufhören mußte.

Schröder: Seit Schmidt ist die Zahl der Arbeitslosen allein in Westdeutschland um 50 Prozent gestiegen. Wenn wir wieder bei den alten Zahlen wären, hätten wir vergleichsweise paradiesische Zustände.

SPiegel: Herr Henkel, Herr Schröder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPiegel: Herr Schröder, wie weit werden Sie denn der Wirtschaft beim Umbau des Sozialstaats entgegenkommen?

Schröder: Mittel- und langfristig müssen wir da echte Reformen realisieren; aber wir wollen den Umbau, nicht den Abbau. Bei den Leuten um die 30 glaubt doch keiner mehr, daß mit der beitragsfinanzierten Rente allein vernünftige Alterssicherung zu betreiben wäre. Die Zukunft gehört einem Dreisäulenmodell: eine beitragsfinanzierte Grundversorgung; mehr Eigenvorsorge; und die Beteiligung am Kapitalstock der Volkswirtschaft.

Henkel: Ich stimme Ihnen zu, was den Umbau der sozialen Sicherungssysteme angeht; nur finde ich das in keinem SPD-Parteipro-